

## Antrag

der CDU-Fraktion

der FDP-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Gewalt an Schulen vorbeugen – landesweite Strategie für Gewaltprävention entwickeln**

Physische und psychische Gewalterfahrungen schädigen nachhaltig die Betroffenen und ihr Umfeld und können weitreichende Auswirkungen auf ihre Biographien haben. Gewalt darf im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen nicht hingenommen werden. Unsere Schulen müssen qualifizierte Angebote für eine offene und transparente Auseinandersetzung mit dem Thema erhalten. Zur Unterstützung der elterlichen Erziehung erlernen Kinder bereits im Kindergarten die Wahrnehmung von Gefühlen anderer und Kompetenzen zur Lösung von Konflikten. Grundschulen kooperieren mit solchen Einrichtungen.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die zahlreichen Maßnahmen und Projekte zur Gewaltprävention in Schulen hinsichtlich ihrer Anwendung und ihrer Wirkungsweise zu überprüfen. Dabei ist die Verzahnung mit den Konzepten zur Bekämpfung von Gewalt im schulischen Umfeld einzubeziehen.
2. Diese Evaluation erfolgt gemeinsam mit Vertretern von Schule, Eltern, den Schulträgern, der Jugendhilfe, der Polizei und Justiz.
3. Auf dieser Grundlage entwickelt die Landesregierung eine landesweite Strategie zur Gewaltprävention an Brandenburger Schulen unter Einbeziehung des schulischen Umfeldes im Rahmen der kommunalen Verantwortung für lokale Bildungslandschaften.

Begründung:

Eine nachhaltige Verhinderung und Reduzierung von Gewalt kann dadurch erreicht werden, dass Maßnahmen zur Entwicklungsförderung und Präventionsangebote die Entwicklung von Kindern, bis hin zum Jugendlichen aufeinander aufbauend und langjährig begleiten.

Datum des Eingangs: 01.11.2011 / Ausgegeben: 01.11.2011

Im Land Brandenburg wurden in der Vergangenheit bereits zahlreiche Konzepte und Ansätze zur Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung an Schulen und im schulischen Umfeld, sowie für Kinder- und Jugendeinrichtungen entwickelt und ausprobiert. Es wurden Kooperationsvereinbarungen zwischen den Bildungs-, dem Innen- und dem Justizministerium geschlossen und diverse Ratgeber und Leitfäden für die einzelnen Konzepte zur Schaffung einer Schulkultur ohne destruktive Gewalt entwickelt. Sehr oft blieb es aber bei Insellösungen.

Es ist an der Zeit zu überprüfen, wie sich die Verbreitung und Umsetzung der Konzepte entwickelt haben und welche Wirkungen sie zeigen. Ziel muss es sein, das Thema Gewaltprävention beständig und flächendeckend in Kinder- und Jugendeinrichtungen zu verankern. Dafür müssen die bisherigen Konzepte in ihrer Verbreitung und Wirkungsweise, sowie auf ihre Verzahnung hin geprüft werden. Aus diesen Erkenntnissen heraus soll eine landesweite Strategie entwickelt und dann verbindlich umgesetzt werden.

Dr. Saskia Ludwig  
für die Fraktion der CDU

Andreas Büttner  
für die FDP-Fraktion

Marie Luise von Halem  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN